



Afrika handelt

Afrika. Zum 1. Januar 2021 haben sich 54 der 55 afrikanischen Staaten zu einer Freihandelszone zusammengeschlossen. Die wichtigsten Ziele sind der Abbau von Zöllen im Binnenhandel und eine stärkere Integration der Märkte. Was das für deutsche Industrieunternehmen bedeutet und wie es um die internationalen Handelsbeziehungen mit Afrika derzeit steht, erklärt Anne Lauenroth vom Bundesverband der Deutschen Industrie im iwd-Interview.

—> [Seiten 2-5](#)

IW-Konjunkturumfrage

Die meisten Unternehmen blicken recht zuversichtlich auf den weiteren Jahresverlauf. Allerdings besteht ein großes branchenbezogenes und regionales Gefälle.

—> [Seiten 6-7](#)

Berufsausbildung

Die Ausbildungsgänge in Deutschland sollten stärker an den digitalen Wandel angepasst werden – betont auch IW-Geschäftsführer Hans-Peter Klös im Interview.

—> [Seiten 14 und 15](#)

Auf dem Weg zum Freihandel

Afrika. Am 1. Januar 2021 ist das Abkommen zur panafrikanischen Freihandelszone in Kraft getreten – ein großer Schritt zu freiem Waren- und Dienstleistungsverkehr auf dem afrikanischen Kontinent. Die konkrete Umsetzung soll vor allem über bereits bestehende regionale Wirtschaftsgemeinschaften erfolgen.

Mit der panafrikanischen Freihandelszone AfCFTA (African Continental Free Trade Agreement) entsteht ein Wirtschaftsraum mit 1,3 Milliarden Menschen und einem jährlichen Bruttoinlandsprodukt von 2,5 Billionen Dollar. Die AfCFTA ist Teil der Agenda 2063, die 2013 zum 50. Geburtstag der African Union ins Leben gerufen wurde – und bis 2063 haben jene 54 afrikanischen Länder, die das Abkommen ratifiziert haben, nun Zeit, die vereinbarten Ziele in nationales Recht umzusetzen. Konkret heißt das, Zölle abzubauen, den Handel zu erleichtern, für eine

moderne Infrastruktur zu sorgen und die Märkte stärker zu integrieren. Bei diesen Vorhaben spielen die acht regionalen Wirtschaftsgemeinschaften Afrikas eine wichtige Rolle, denn sie sind es, die die konkrete Umsetzung bewerkstelligen müssen. Schaut man sich an, wie der Integrationsgrad der Gemeinschaften derzeit aussieht, fallen jedoch große Unterschiede ins Auge (Grafik):

Auf einer Skala von null bis eins erreicht selbst der Spitzenreiter Ostafrikanische Gemeinschaft nur einen Integrationsgrad von 0,54 Punkten. Das Schlusslicht,

Akrikas Wirtschaftsgemeinschaften: Große Unterschiede bei der Integration

Die fünf Dimensionen freier Personenverkehr, Handel, Produktion, Makroökonomie und Infrastruktur umfassen jeweils zwei bis vier Indikatoren. Für jeden Indikator wird der Durchschnitt über alle Länder berechnet, dann werden die Indikatoren für jede Dimension gemittelt. Der Integrationsgrad reicht von 0 (niedrig) bis 1 (hoch).

	Freier Personenverkehr	Handel	Produktion	Makroökonomie	Infrastruktur	Insgesamt
Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC)	0,7	0,4	0,4	0,7	0,6	0,54
Union des Arabischen Maghreb (AMU)	0,4	0,5	0,4	0,6	0,5	0,49
Zentralafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECCA)	0,5	0,4	0,3	0,7	0,4	0,44
Intergovernmental Authority on Development (IGAD)	0,5	0,4	0,3	0,4	0,5	0,44
Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWA)	0,7	0,4	0,2	0,5	0,3	0,43
Gemeinschaft der Staaten des Sahel und der Sahara (CEN-SAD)	0,5	0,4	0,3	0,4	0,3	0,38
Gemeinsamer Markt für das Östliche und Südliche Afrika (COMESA)	0,4	0,4	0,3	0,4	0,3	0,37
Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas (SADC)	0,5	0,3	0,2	0,4	0,2	0,34

Wirtschaftsgemeinschaften: Ein Land kann mehreren Gemeinschaften angehören;

EAC: Burundi, Kenia, Ruanda, Südsudan, Tansania, Uganda;

AMU: Algerien, Libyen, Mauretanien, Marokko, Tunesien;

ECCA: Angola, Äquatorialguinea, Burundi, Gabun, Kamerun, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Ruanda, São Tomé und Príncipe, Tschad, Zentralafrikanische Republik;

IGAD: Äthiopien, Dschibuti, Eritrea, Kenia, Somalia, Sudan, Südsudan, Uganda;

ECOWA: Benin, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kap Verde, Liberia, Mali, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo;

CEN-SAD: Ägypten, Benin, Burkina Faso, Dschibuti, Elfenbeinküste, Eritrea, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kap Verde, Kenia, Komoren, Liberia, Libyen, Mali, Marokko, Mauretanien, Niger, Nigeria, São Tomé und Príncipe, Senegal, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Togo, Tschad, Tunesien, Zentralafrikanische Republik;

COMESA: Ägypten, Äthiopien, Burundi, Dschibuti, Eritrea, Eswatini, Kenia, Komoren, Demokratische Republik Kongo, Libyen, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Ruanda, Sambia, Seychellen, Simbabwe, Somalia, Sudan, Tunesien, Uganda;

SADC: Angola, Botswana, Eswatini, Komoren, Demokratische Republik Kongo, Lesotho, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Mosambik, Namibia, Sambia, Seychellen, Simbabwe, Südafrika, Tansania

Quellen: Africa Regional Integration Index, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2021 IW Medien / iwd

die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas, kommt sogar nur auf 0,34 Punkte.

Gleichwohl lohnt es sich, die Ostafrikanische Gemeinschaft, bestehend aus Burundi, Kenia, Ruanda, Südsudan, Tansania und Uganda, näher unter die Lupe zu nehmen, denn sie zeigt exemplarisch, was die afrikanischen regionalen Bündnisse erreichen können und woran es noch hapert.

Die Ostafrikanische Gemeinschaft punktet vor allem in den Dimensionen freier Personenverkehr und makroökonomische Integration. So haben vier der sechs Mitglieder bereits das Zusatzprotokoll des panafrikanischen Freihandelsabkommens zur Freizügigkeit von Personen unterzeichnet, drei Länder haben die Bürokratie für das Ausstellen von Arbeitsgenehmigungen und Einreisevisa vereinfacht. Bei der makroökonomischen Integration hat die Gemeinschaft schon 2013 anvisiert, bis 2024 eine einheitliche Währung zu schaffen.

Dass dieses institutionelle Fundament noch nicht seine volle Wirkung entfaltet, zeigt ein Vergleich des intraregionalen Handels (Grafik):

Die sechs Länder der Ostafrikanischen Gemeinschaft handelten 2017 nur 17 Prozent ihrer Exporte untereinander – auf den gleichen Wert kamen die 54 Mitglieder der panafrikanischen Freihandelszone.

Die generelle Exportschwäche der Region liegt vor allem darin begründet, dass viele Zwischen- und Endprodukte importiert werden, während Rohmaterialien ohne die Mehrwert generierende Weiterverarbeitung in den Export gehen. So führen Kaffee, Schnittblumen, Tee, Tabak, Fisch und Gemüse die Liste der Produkte an, die von der Ostafrikanischen Gemeinschaft in die EU exportiert werden. Zurück kommen Maschinen, Fahrzeuge und pharmazeutische Produkte.

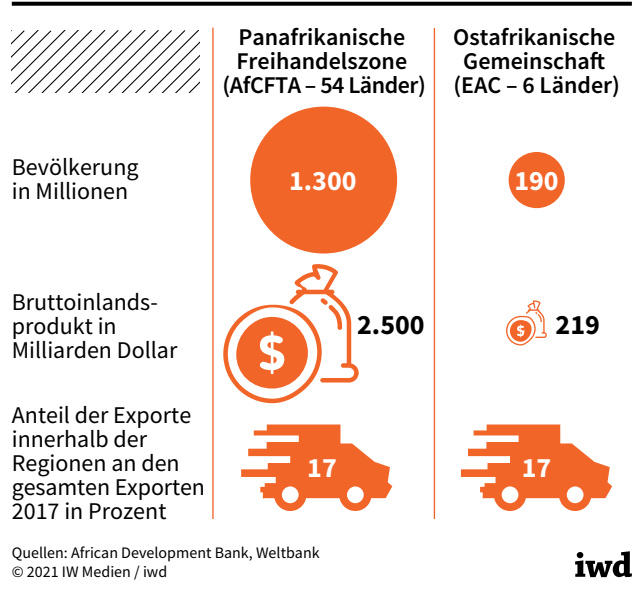
Zudem produzieren die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in Ostafrika etwa 20 bis 40 Prozent unter ihrem Potenzial. Damit die Region tatsächlich vom Freihandel profitieren kann, gilt es Wertschöpfungsketten innerhalb der Region aufzubauen. Dies kann nur gelingen, wenn der Privatsektor eingebunden wird.

Ein Hemmnis, um Produktivitätspotenziale besser auszuschöpfen, ist der Mangel an Fachkräften. So sagen 41 Prozent der Unternehmen in Tansania und 30 Prozent der Unternehmen in Kenia, dass der Fachkräftemangel für ihr Geschäft ein Problem ist. Neben einer Verbesserung des Bildungssystems kann hier auch die Freizügigkeit von Personen helfen, weil sie einen Austausch von Kompetenzen und Ideen ermöglicht.

Abzuwarten bleibt, wie sich die Corona-Pandemie auf die Umsetzung des Abkommens auswirken wird. Eine vierteljährlich durchgeführte Umfrage unter keniani-

Wenig Handel innerhalb der Regionen

im Jahr 2019



schen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes verdeutlicht, dass das Problem der Unterauslastung von Betriebskapazitäten durch die Corona-Pandemie verschärft wurde. Während vor der Pandemie nur 8 Prozent der Unternehmen angaben, weniger als die Hälfte ihrer Betriebskapazität zu nutzen, waren es im Mai 2020 schon 53 Prozent. Mittlerweile ist dieser Wert zwar wieder gesunken, doch die verringerte Nachfrage der Konsumenten hindert viele kenianische Unternehmen weiterhin daran, ihre Kapazitäten stärker auszulasten.

Auf der Angebotsseite kämpfen die kenianischen Unternehmen vor allem mit einem Anstieg der Kosten für Zulieferungen, was vor allem auf die Frachtkosten zurückzuführen ist. Eine stärkere regionale Integration und der Aufbau von Lieferketten vor Ort könnte auch hier Abhilfe schaffen. Blickt man auf die vorgesehenen Investitionen der Unternehmen für das nächste Halbjahr, planen jedoch nur 7 Prozent eine Expansion.

Business Scouts for Development

Mit dem Projekt Business Scouts für Development möchte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung deutsche und europäische Unternehmen mit Unternehmen in 40 Partnerländern des globalen Südens vernetzen. Die Scouts sollen als entwicklungspolitische Expertinnen und Experten unter anderem Kooperationsprojekte anstoßen und dadurch Zugänge zu neuen Märkten ermöglichen. Betriebspartnerschaften und der Transfer von Know-how schaffen nicht nur neue Handelschancen, sondern auch neue Arbeitsplätze vor Ort. Die Kontaktdaten sind zu finden auf:

bmz.de

Interview. Mit der Gründung einer neuen Freihandelszone, der größten der Welt, wollen 54 der 55 afrikanischen Staaten einen gesamtkontinentalen Binnenmarkt schaffen und so vor allem den innerafrikanischen Handel fördern. Was das – auch für die deutschen Unternehmen – bedeutet, darüber sprach der iwd mit **Anne Lauenroth**, stellvertretende Abteilungsleiterin Internationale Zusammenarbeit, Sicherheit, Rohstoffe und Raumfahrt beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI).



Foto: Christian Kruppa

„Afrika ist ein Kontinent der Chancen“

Die Ziele der panafrikanischen Freihandelszone AfCFTA sollen bis 2063 umgesetzt sein. Ist das in unserer schnelllebigen und globalisierten Wirtschaft nicht ein sehr langer Zeitraum?

Die neue Freihandelszone ist ein Teil der Agenda der Afrikanischen Union und dazu ein besonders wichtiger. Ich denke auch nicht, dass es so lange dauern wird. Viele der 54 teilnehmenden Länder haben bereits erste Vorschläge für die Zollunion eingereicht, man ist also schon im Umsetzungsprozess.

Die deutsche Industrie geht zwar davon aus, dass dieser Prozess dauern wird, allerdings nicht bis zum Jahr 2063. Bei der Agenda 2063 geht

es um die generelle Vision der Afrikanischen Union.

Wie beurteilen Sie die Entwicklungen in Afrika in den vergangenen Jahren? Geht es – beispielsweise mit Blick auf internationale Handelsbeziehungen – voran?

Der BDI sieht Afrika als Kontinent der Chancen, mit viel Potenzial für Wirtschaftswachstum, Handel und nachhaltige Entwicklung. Das Bild von Afrika in der Welt ist oft zu einseitig, verbunden mit Armut, Kriegen und Konflikten. Vor Corona gab es bereits hohe Wachstumsraten, in Ostafrika sogar durchschnittlich um die 5 bis 6 Prozent.

Corona aber hat den Kontinent hart getroffen. Afrika leidet sehr

unter den Handelshemmnissen und der gesunkenen globalen Nachfrage, der Tourismus liegt brach. Vor allem die Länder südlich der Sahara, in denen Millionen Menschen im informellen Sektor arbeiten, dürften bei der Bekämpfung der Armut um Jahre oder gar Jahrzehnte zurückgeworfen werden.

Corona macht allen zu schaffen, insbesondere auch dem afrikanischen Kontinent. Außer in China ist die Wirtschaftsleistung im vergangenen Jahr überall auf der Welt geschrumpft. Ich bin überzeugt, dass sich die Lage auch in den afrikanischen Staaten langfristig wieder stabilisiert. Dazu braucht es Unter-

stützung, auch durch international koordinierte Maßnahmen.

Denn die Herausforderungen für die nächsten Jahre sind groß. Wir müssen jetzt die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Länder wieder auf die Beine kommen. Wie vor der Pandemie sind dafür mehr innerafrikanischer Handel, mehr Investitionen in die Digitalisierung und die Infrastruktur, höhere Bildungsausgaben und, nicht zuletzt, die Ankurbelung der Privatwirtschaft notwendig.

Welche Rolle spielt Afrika generell für die deutsche Industrie und was haben deutsche Unternehmen davon, wenn in Afrika ein gesamtkontinentaler Binnenmarkt entsteht?

Die meisten einzelnen afrikanischen Märkte – mit Ausnahme von Südafrika, Nigeria und Ägypten – sind zu klein für deutsche Unternehmen. Für deutsche Unternehmen lohnt es sich zum Beispiel nur, Autos in Kenia zu produzieren, wenn sie von dort ohne hohe Zölle auch in Kenias Nachbarstaaten zu verkaufen sind. Es geht also um regionale Integration. Sie ist die Grundlage dafür, dass sich mehr Unternehmen ansiedeln. Größere Märkte sind für die deutschen Unternehmen auch deshalb besonders wichtig, weil sie eher gehobene, technologisch komplexe Produkte herstellen.

Afrika exportiert derzeit in erster Linie Rohstoffe und Agrarprodukte. Um mehr Wachstum zu erzielen, muss die industrielle Basis gestärkt werden. Sollte Deutschland etwas tun, um die afrikanischen Länder dabei zu unterstützen?

Es ist wichtig, die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft innerhalb der Entwicklungspolitik zu stärken, beispielsweise um den Know-how-Transfer zu fördern. Der BDI hat dazu schon vor drei Jahren in Ostafrika

das Projekt „Perspektiven schaffen“ ins Leben gerufen, das deutsche mit afrikanischen Unternehmen vernetzt. So haben Unternehmen vor Ort die Chance, ihre Wertschöpfungsketten zu integrieren, sich als Zulieferer zu qualifizieren oder auch gemeinsam neue Produkte entwickeln zu können. Das sind typische Win-win-Situationen.

Der Dialog in Sachen Industrialisierung geschieht aber nicht nur zwischen den Unternehmen, sondern auch auf der Ebene der Verbände. Die Politik kann dabei helfen, indem sie bessere Rahmenbedingungen schafft. Außerdem sollte die Bundesregierung zum Beispiel dafür sorgen, unser Modell der dualen Ausbildung in afrikanischen Ländern stärker zu verankern, das Interesse daran ist groß.

Auch davon profitieren beide Seiten: die einheimischen Unternehmen und die deutschen Unternehmen in Afrika, die stets auf der Suche nach ausreichend qualifizierten Fachkräften sind. In Afrika ist die Ausbildung häufig sehr akademisch, mit der dualen Ausbildung kann Deutschland für mehr Praxisnähe sorgen.

Auch Deutschland fehlen Fachkräfte. Lässt sich hier ein gemeinsamer Lösungsansatz finden?

In Afrika gibt es bereits interessante Projekte der Zusammenarbeit. So werden beispielsweise gemeinsam Data-Analysten und andere IT-Experten ausgebildet und dann auch für Aufträge von Unternehmen in Deutschland eingesetzt. Diese Experten arbeiten aber ebenso für afrikanische Unternehmen, insbesondere für die vielen Start-ups, die vor allem in Ruanda, Kenia und Ghana entstehen.

Ein anderes Programm heißt „Afrika kommt“, für das Unternehmen in Deutschland afrikanische

Absolventen ein Jahr lang in ihrem Betrieb ausbilden und sie dann zum Beispiel in ihrer Niederlassung in Afrika einsetzen.

Deutsche Unternehmen entwickeln – meist vermittelt durch die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit oder die Auslands-handelskammern – die Lehrpläne an den afrikanischen Universitäten oder Fachhochschulen mit. Im Zentrum steht dabei, die Ausbildung so praxisnah wie möglich zu gestalten. Das sind wichtige Schritte auf dem Weg zu strukturellen Veränderungen.

China sichert sich viele Rohstoffquellen auf dem afrikanischen Kontinent. Verschläft Europa hier wichtige Weichenstellungen?

Der immer stärkere Einfluss Chinas hat inzwischen dazu geführt, dass überall ein Umdenken einsetzt. Die erste Auslandsreise der neuen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ging nach Äthiopien, dem Sitz der Afrikanischen Union – das zeigt schon, dass Europa engere Beziehungen zu Afrika will.

Im Wettbewerb der Systeme punkten die Chinesen mit ihren stark subventionierten Staatsunternehmen und Finanzierungen, die Europäer und die Deutschen können da nicht mithalten und müssen deshalb ihre eigenen Instrumente ausbauen und ihre Stärken einsetzen: Unsere Projekte sind zwar teurer, aber sie bieten auch technisches Know-how und Ausbildungsangebote. Die Chinesen tun das nicht, sie bringen oft ihre eigenen Arbeiter mit und sind nach Ende der Projekte schnell wieder weg. Langfristig und nachhaltig gedacht haben die Europäer und die Deutschen also mehr zu bieten. Diese Stärke müssen sowohl Deutschland als auch die EU klar hervorheben und die richtigen Instrumente bereitstellen – von der Finanzierung bis zur Entwicklung von gemeinsamen Programmen.

Gespaltene Wirtschaft

IW-Konjunkturumfrage. Die deutsche Wirtschaft wird derzeit von der dritten Welle der Corona-Pandemie belastet, wobei die Dienstleister ihre Lage als deutlich schlechter bewerten als die Industrie. Für den weiteren Jahresverlauf sind die vom IW befragten Unternehmen insgesamt recht zuversichtlich. Allerdings besteht weiterhin sowohl ein branchenbezogenes als auch ein regionales Gefälle.

Lockdown, Notbremse, Impfverzögerungen – die Nachrichten der vergangenen Wochen gaben wenig Anlass zu guter Laune. Doch die Hoffnung bleibt, dass sich das Leben in Deutschland ab dem Sommer schrittweise normalisiert.

Vor diesem Hintergrund gaben auch die gut 2.800 Unternehmen, die das IW im März und April befragt hat, eine wenig erfreuliche Lagebeschreibung ab, blicken jedoch meist optimistisch nach vorn. Im Detail sind die Einschätzungen allerdings sehr unterschiedlich:

• **Produktion.** Die Industrieunternehmen, die vom ersten Lockdown im Frühjahr 2020 besonders kalt erwischt wurden, konnten sich seither ein gutes Stück erholen (siehe iwd 3/2021). Dies erklärt, warum 38 Prozent von ihnen die aktuelle Situation

besser bewerten als jene vor einem Jahr und nur 29 Prozent von einer Verschlechterung sprechen. Ganz anders die Dienstleister: Während 36 Prozent eine negative Lagebewertung abgeben, sagen nur 18 Prozent, sie seien besser dran als im vergangenen Frühjahr.

Für den weiteren Jahresverlauf sind die Firmen durch die Bank ein gutes Stück zuversichtlicher (Grafik):

Von den Industrieunternehmen gehen 47 Prozent für 2021 von einer höheren Produktion aus als im Vorjahr, nur 21 Prozent rechnen mit schlechteren Geschäften.

Vor allem die Hersteller von Grundstoffen und Investitionsgütern sind optimistisch. Doch auch bei den Konsumgüterproduzenten ist der Saldo der Erwartungen positiv. Gleiches gilt für die Dienstleistungs-

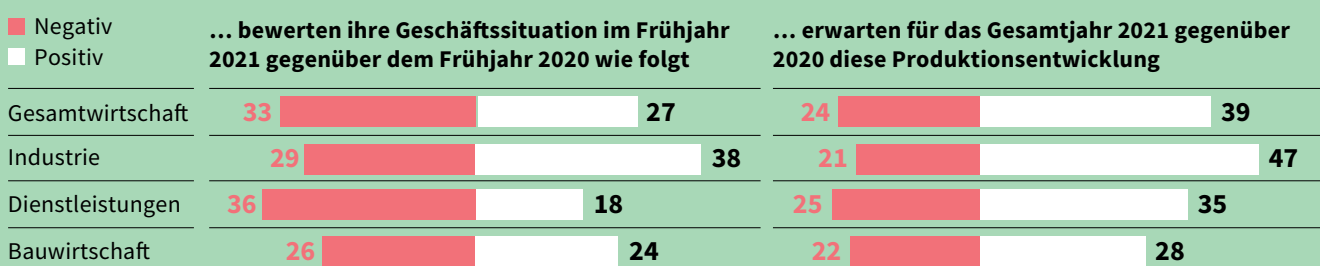
betriebe insgesamt, wobei vor allem im Handel – wenig überraschend – noch viele Unternehmen skeptisch sind. Im Baugewerbe herrscht unterm Strich ebenfalls Optimismus vor, allerdings sind die Erwartungen nicht mehr so hoch wie in den Vorjahren.

Die unterschiedlichen Einschätzungen zur Produktionsentwicklung schlagen sich auch in den regional aufgliederten Ergebnissen nieder. Im Groben gilt: Dort, wo exportorientierte Industriefirmen stark vertreten sind, fallen die Erwartungen höher aus als dort, wo Dienstleistungsbereiche wie etwa der Tourismus eine größere Rolle spielen (Grafik Seite 7):

Vor allem im südlichen Deutschland sowie in Nordrhein-Westfalen sind jene Unternehmen, die für 2021 eine Produktionssteigerung erwarten, klar in der Überzahl.

IW-Konjunkturumfrage: Differenziertes Branchenbild

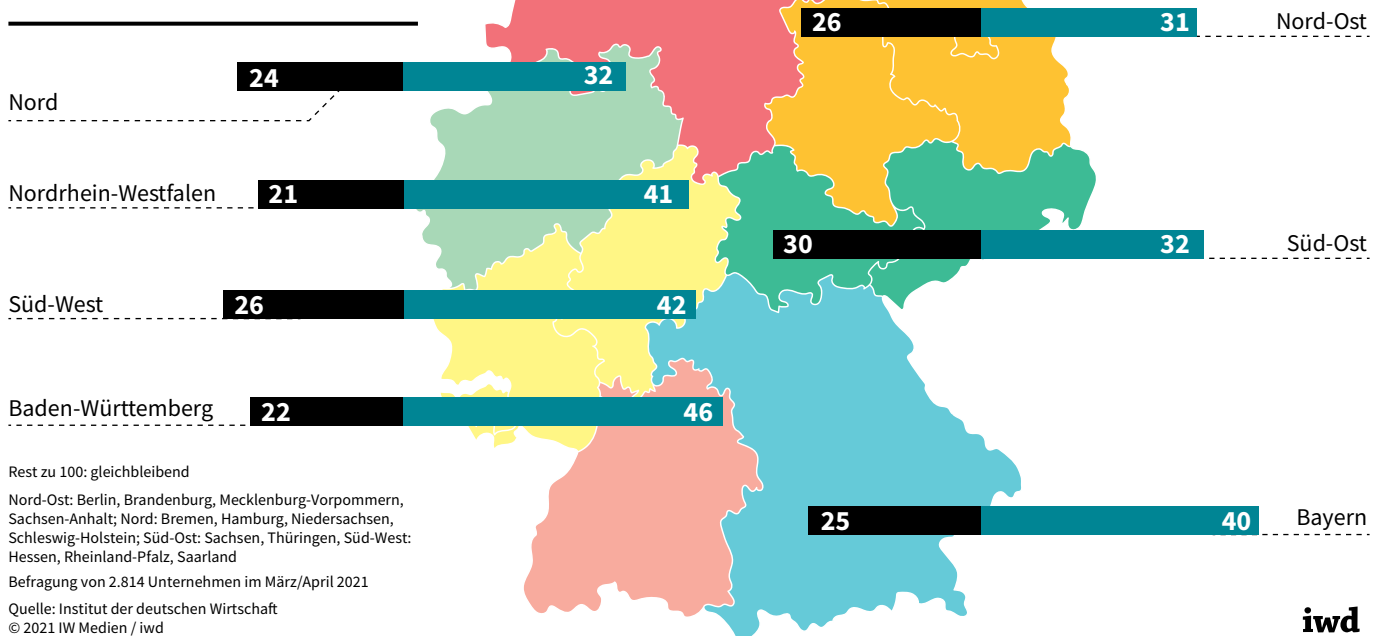
So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland ...



Rest zu 100: gleichbleibend
Befragung von 2.814 Unternehmen im März/April 2021
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

IW-Konjunkturumfrage: Perspektiven nach Regionen

So viel Prozent der Unternehmen in den folgenden Regionen Deutschlands erwarten für das Gesamtjahr 2021 gegenüber 2020 diese Produktionsentwicklung



In den ostdeutschen Regionen fällt der Saldo dagegen nur leicht positiv aus.

• **Exporte.** Bereits im zweiten Halbjahr 2020 erholten sich die deutschen Ausfuhren merklich vom ersten Corona-Schock. Und der Trend zeigt weiter aufwärts, vor allem, weil auf wichtigen Märkten wie China die Pandemie offenbar keine große Rolle mehr spielt. Insgesamt gehen zwar nur 23 Prozent der befragten Unternehmen für 2021 von steigenden Exporten aus und 21 Prozent erwarten sogar einen Rückgang. Aber:

Von jenen Firmen, die stark auf globale Märkte abzielen, sind 44 Prozent überzeugt, dass ihre Ausfuhren 2021 wachsen werden, nur 22 Prozent rechnen mit einem Minus.

Deutlich geringer sind die Ausschlüsse bei den innovationsorientierten Unternehmen – von ihnen haben 18 Prozent positive Exporterwartungen, 13 Prozent sind skeptisch.

• **Investitionen.** Die Corona-Pandemie hat die bereits zuvor getrübt Investitionskonjunktur in Deutschland nochmals erheblich geschwächt. Im Krisenjahr 2020 gingen die Ausrüstungsinvestitionen gegenüber dem Vorjahr um 12 Prozent zurück. Vor diesem Hintergrund sind die Erwartungen der hiesigen Unternehmen für die kommenden Monate zwar erfreulich, geben aber noch keinen Anlass zur Euphorie:

Insgesamt geht ein Drittel der Unternehmen für 2021 davon aus, dass ihre Investitionen über dem Vorjahresniveau liegen werden – ein Viertel erwartet jedoch einen Rückgang.

Deutlich über diesem Durchschnitt liegen allerdings die Firmen mit digitalen Geschäftsmodellen, von denen 40 Prozent in Sachen Investitionsperspektiven zuversichtlich und nur 18 Prozent pessimistisch sind. Hier macht sich der durch die Pandemie ausgelöste Digitalisierungsschub

in vielen Bereichen der Wirtschaft bemerkbar.

• **Beschäftigung.** Auch wenn die mittlerweile dritte Infektionswelle das Wirtschaftsleben weiterhin einschränkt, führt dies offenbar nicht zu einer weiteren Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt. So rechnen 29 Prozent der Unternehmen für das laufende Jahr mit einem Beschäftigungsaufbau gegenüber 2020, lediglich 22 Prozent erwarten einen Abbau. Vor allem bei den Dienstleistern ist der Saldo mit 34 zu 23 Prozent klar positiv. Allerdings war hier der coronabedingte Einbruch im vergangenen Jahr auch besonders stark – fast 300.000 der insgesamt knapp 490.000 Arbeitsplätze, die im Jahresdurchschnitt 2020 verloren gingen, entfielen auf den Sektorservice.

IW-Report 14/2021

Michael Grömling: Branchen und Regionen driften auseinander – IW-Konjunkturumfrage Frühjahr 2021

iwkoeln.de/konjunkturumfrage_f21

Im Sinne des Klimas

Handelspolitik. Neben der Corona-Krise erfordern vor allem der Klimaschutz und der angeschlagene Welthandel die Aufmerksamkeit der internationalen Politik. Mit dem richtigen Ansatz könnten Handels- und Klimapolitik gleichermaßen profitieren, zeigt eine neue IW-Studie.

Mit Blick auf den Klima- und Umweltschutz sind globale Handelsbeziehungen Fluch und Segen zugleich. Ein Beispiel ist die Siliziumproduktion in Island. Das Halbmetall wird unter anderem für Solarzellen benötigt, die Herstellung ist allerdings äußerst energieintensiv. Dank der isländischen Geothermik ist

Energie dort sehr günstig, der Silizium-Rohstoff Quarzit allerdings nicht. Doch es lohnt sich – zumindest finanziell –, Quarzit über Tausende von Kilometern zu verschiffen, beispielsweise aus Polen nach Island, um es dann dort weiterzuverarbeiten. Ohne internationalen Handel wäre das nicht möglich.

Generell lassen sich vier Folgen des internationalen Handels auf die weltweiten CO₂-Emissionen feststellen, die teils gegeneinander wirken:

1. Kraftstoffverbrauch. Das International Transport Forum hat schon vor einigen Jahren geschätzt, dass etwa 30 Prozent aller CO₂-Emissionen des Transportsektors vom Warenhandel verursacht werden, das wären 7 Prozent aller entsprechenden Emissionen weltweit.

2. Verfügbarkeit grüner Technik. Erst der internationale Handel macht es möglich, dass umweltfreundliche Geräte und Bauteile überall verfügbar sind:

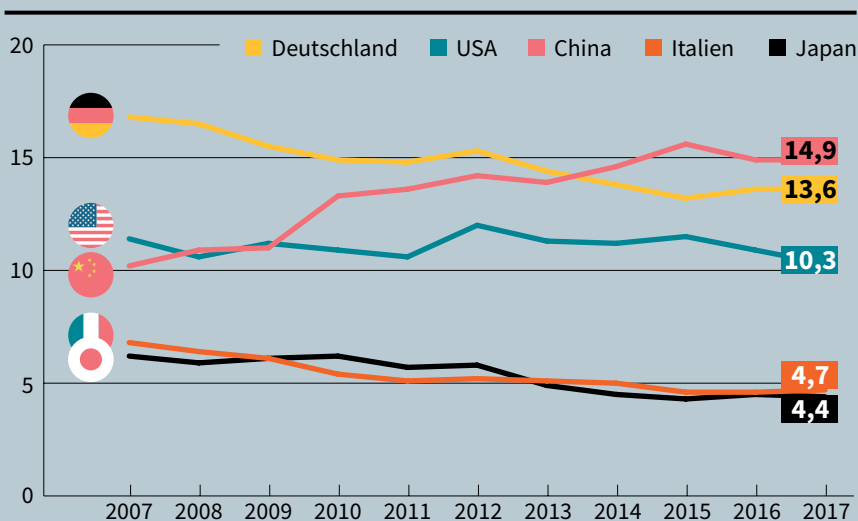
Laut OECD wurden 2016 weltweit Umweltgüter wie Solar- oder Windkraftanlagen für etwa 1,3 Billionen Dollar gehandelt.

Allein China exportierte solche Güter im Wert von etwa 100 Milliarden Dollar. Mittlerweile ist das Land sogar globaler Marktführer (Grafik):

War Deutschland mit einem Welthandelsanteil von fast 17 Prozent im Jahr 2007 noch der größte Exporteur von Umweltschutzgütern, muss sich die Bundesrepublik mittlerweile China geschlagen geben, das 2017 auf einen Anteil von knapp 15 Prozent kam.

Handel mit Umweltschutzgütern: China übernimmt die Führung

So viel Prozent der weltweiten Exporte von potenziellen Umweltschutzgütern entfielen auf diese Länder



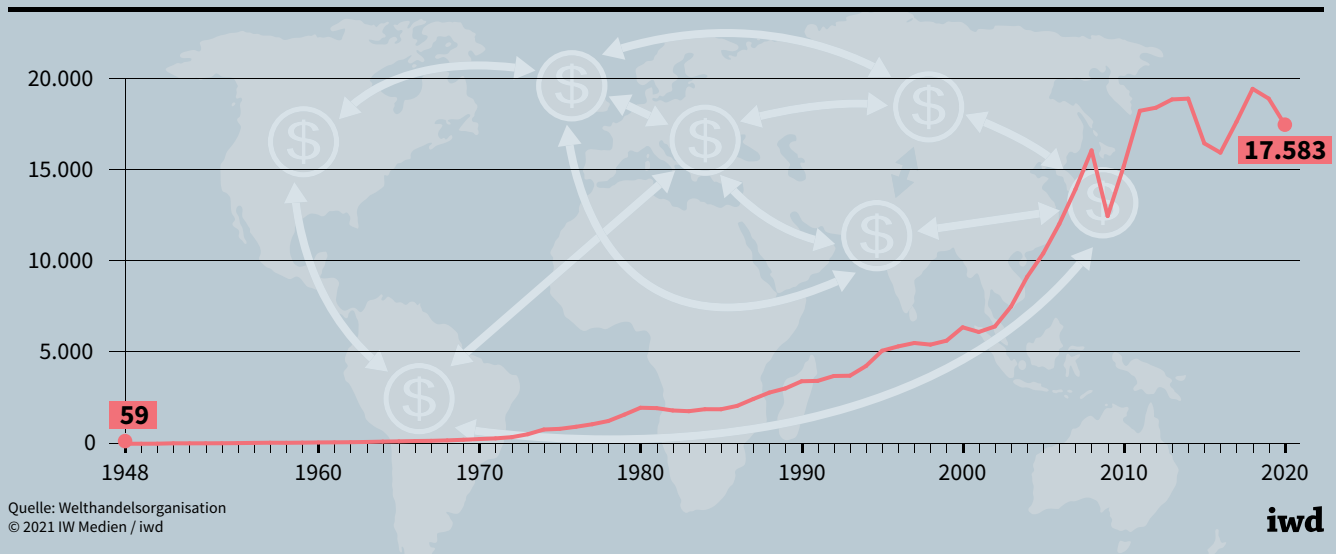
Potenzielle Umweltschutzgüter: zum Beispiel Maschinen zur Gewinnung erneuerbarer Energien und Produkte zur Wärmedämmung und Wasseraufbereitung

Quellen: Gehrke und Schasse (2019), Umweltbundesamt
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Welthandel: Jahrzehnte stark gestiegen

Wert der weltweit exportierten Produkte in Milliarden Dollar



3. Kompositionseffekt. Unter diesem Fachbegriff versteht man die Auswirkung des internationalen Handels auf Produktionsprozesse.

Auf der einen Seite kann grenzüberschreitender Handel dazu führen, dass Vorgaben des Heimatlands mit Blick auf den Klimaschutz umgangen werden. Dann wird die Produktion beispielsweise in ein Land verlagert, in dem laxere Emissionsregeln gelten:

Im Jahr 2015 – neuere Zahlen sind nicht verfügbar – steckten in den Produkten, die in OECD-Ländern nachgefragt wurden, rund 1,6 Gigatonnen mehr Kohlendioxid, als die Produktionsbetriebe dieser Länder verursachen.

Dieser zusätzliche CO₂-Ausstoß fiel stattdessen in jenen Nicht-OECD-Ländern an, aus denen die Produkte importiert wurden.

Auf der anderen Seite führt der Kompositionseffekt dazu, dass sich Länder auf die Produktion jener Waren spezialisieren, bei denen sie – beispielsweise mit Blick auf das Klima oder die verfügbaren Ressourcen – Vorteile haben. Im Ergebnis kann das helfen, CO₂ zu reduzieren.

4. Wohlstand und Wettbewerb.

Globaler Handel erhöht einerseits den Wettbewerbsdruck und mehr andererseits den Wohlstand (Grafik):

Seit 1948 hat sich der weltweite Export von Produkten mehr als verdreihundertfacht – er stieg von knapp 59 Milliarden auf fast 18 Billionen Dollar im Jahr 2020. Kurz vor der Corona-Pandemie betrug er sogar mehr als 19 Billionen Dollar.

Außerdem lebten nach dem Zweiten Weltkrieg zwei Drittel der Weltbevölkerung unter extremer Armut – also von weniger als 1,9 Dollar pro Tag, gemessen in sogenannten Kaufkraftparitäten. Heute trifft das nur noch auf knapp 10 Prozent der Weltbevölkerung zu.

Dieser neue globale Wohlstand hat einen positiven Nebeneffekt: Er führt zu einer wesentlich stärkeren Bereitschaft der Menschen, in Umwelt- und Klimaschutz zu investieren und dem Thema auch politisch einen entsprechenden Stellenwert einzuräumen.

Das spiegelt sich auch in internationalen Handelsabkommen wider (Grafik Seite 10):

In den 1960er Jahren beinhalteten die EU-Handelsabkommen im Durchschnitt lediglich eine Umweltschutzbestimmung, in den 2010er Jahren enthielt jedes neue Abkommen durchschnittlich 78 solcher Regelungen.

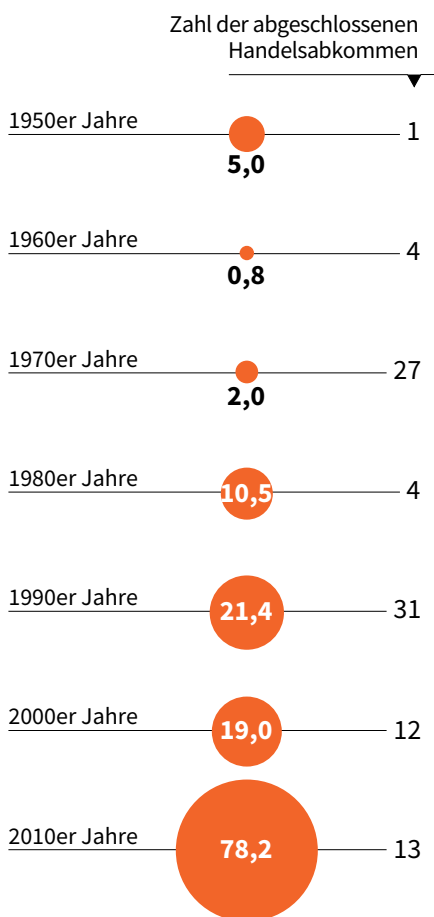
Trotzdem sind die aktuellen Rahmenbedingungen weltweit nicht so ausgestaltet, dass sie den Umweltschutz begünstigen. Vielmehr sind beispielsweise die Zölle auf Produkte, die wenig CO₂ verursachen, im Schnitt höher als bei Produkten, die für viel CO₂ verantwortlich sind.

Doch da es unrealistisch ist, all diese Zölle zeitnah umzugestalten, sieht das IW andere Ansätze, wie die weltweite Handelspolitik Klima- und Umweltschutz voranbringen kann:

• **Zollfreiheit oder -ermäßigung für Umweltschutzgüter.** Das würde deren internationalen Handel stark begünstigen. Über eine entsprechende Handelsliberalisierung wird unter anderem in einer Initiative der Welthandelsorganisation seit 2014 beraten – die Gespräche kommen allerdings nur schleppend voran.

Handelsabkommen: Umweltschutz mittlerweile zentrales Thema

Durchschnittliche Zahl der Umweltschutzbestimmungen je EU-Handelsabkommen



Quellen: Konrad-Adenauer-Stiftung,
Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

• **Subventionen für fossile Energieträger beenden.** Die staatlichen Subventionen für Öl, Gas und Kohle beliefen sich 2017 auf etwa 5 Billionen Dollar. In vielen Ländern kommen diese der armen Bevölkerung zugute. Andere Steuerausnahmen sind zum Beispiel energieintensiven Industriezweigen gewährt worden, um CO₂-Preise für andere Bereiche einführen zu können, ohne die Wettbewerbsfähigkeit insgesamt zu riskieren. Um diese Subventionspraxis zu beenden, hilft nur interna-

tionale Koordination – und eine andere Organisation von Hilfe.

• **Klimaschutz stärker unterstützen.** Im Jahr 2017 flossen noch immer 70 Prozent der weltweiten Subventionen für den Energiesektor in fossile Energieträger. Das Geld sollte künftig gezielt für Umwelt- und Klimaschutz aufgewendet werden.

• **Label für klimafreundliche Güter international harmonisieren.** Studien belegen, dass vor allem Menschen in reicheren Ländern bereit sind, für klimafreundliche Produkte zu zahlen. Deshalb sollte es entsprechende internationale und fälschungssichere Standards geben. Zudem würde ein harmonisiertes Label für einen höheren Wiedererkennungswert sorgen und den Herstellern einen angemessenen Preisaufschlag ermöglichen.

• **„Grüne“ Ausschreibungen.** Bislang ist es zum Beispiel in der Europäischen Union auf freiwilliger Basis möglich, Ausschreibungen für öffentliche Projekte mit Umweltschutzvorgaben zu kombinieren. Das könnte deutlich ausgeweitet werden – einerseits, um mit gutem Beispiel voranzugehen, andererseits, um grüne Innovationen zu befeuern.

• **Internationale CO₂-Preise angleichen.** Um für faire Wettbewerbsbedingungen zu sorgen, muss der Kohlendioxidausstoß weltweit vergleichbar bepreist sein. Das ist derzeit nicht der Fall, Europa ist mit dem Emissionshandel nach wie vor Vorreiter.

Um dies auszugleichen, schlägt die EU-Kommission ebenso wie die US-Administration vor, Abgaben für das CO₂ zu erheben, das bei der Produktion von Importgütern emittiert wird. Doch so einfach das klingt, sind damit große Herausforderungen verbunden, will man keine neuen Handelskonflikte provozieren.

Das IW geht einen Schritt weiter und wirbt für einen Trade Club for

Climate, kurz TCC. Dieser sollte erstens darauf abzielen, den Handel mit Umweltschutzgütern deutlich zu vereinfachen und dadurch eine Mitgliedschaft attraktiv zu machen. Zweitens sollte der Club die CO₂-Bepreisung unter den Mitgliedsstaaten vereinheitlichen.

Allerdings wäre ein TCC nur dann schlagkräftig, wenn genügend Staaten mitmachen. Zudem könnte er dazu führen, dass Umweltschutzgüter zwar unter den teilnehmenden Staaten umfassend genutzt werden, nicht aber außerhalb des Clubs.

Sollten sich nicht ausreichend viele Staaten für einen TCC gewinnen lassen, kennt das IW eine Alternative: den Sector/Industry Climate Club (SICC).

Ein industriespezifischer Klimaclub brächte all jene Staaten zusammen, in denen die weltweiten Hauptproduzenten einzelner Produkte beheimatet sind.

Die Staaten würden sich auf gemeinsame Klimastandards oder einen Preis für CO₂ in der Produktion einigen, beispielsweise für Kupfer. Der würde dann für alle Marktteilnehmer gelten und Wettbewerbsverzerrungen durch unterschiedliche CO₂-Preise ausschließen. Klimaschutz würde sich dann für jeden Anbieter gleichermaßen lohnen.

Generell ist die Zeit ideal für solche supranationalen Vorhaben – ob nun TCC oder SICC. Zum einen, weil die neue US-Regierung um Joe Biden sich mit Nachdruck dem Klimaschutz verschrieben hat. Zum anderen können sowohl die Welthandelsorganisation als auch die internationalen Klimaschutzverhandlungen neuen Schwung gebrauchen.

IW-Policy Paper 8/2021

Hubertus Bardt, Galina Kolev:

Trade Club for Climate – A Climate Approach to Revive Multilateralism

iwkoeln.de/climateclub

Friedliche Konfliktlösung

Mediation. Konflikte in Unternehmen verursachen in Deutschland jedes Jahr Millionen-schäden: Gerichts- und Anwaltskosten, Geld für Abfindungen, Produktionsausfälle aufgrund von Streiks oder wegen hoher Krankenstände. Mediation – die unabhängige Vermittlung zwischen zwei Konfliktparteien – kann für alle Beteiligten zu einer akzeptablen außergerichtlichen Lösung führen.

Tarifkonflikte, die durch eine Mediation oder ein Schlichtungsverfahren gelöst werden, nimmt die Öffentlichkeit oft ganz bewusst wahr, weil sie durch angedrohte oder tatsächlich durchgeführte Streiks meist direkt betroffen ist.

Anders sieht es mit den weit häufigeren betriebsinternen Konflikten aus – sie bleiben der Öffentlichkeit meist verborgen: Konflikte zwischen Beschäftigten im Team, zwischen Beschäftigten und ihren Führungskräften, über Abteilungsgrenzen hinweg, zwischen Führungskräften und dem Management oder sogar innerhalb des Managements. Konflikte kosten nicht nur Zeit, Geld und Nerven – vor allem wenn sie vor dem Arbeitsgericht landen –, son-

dern sie verschlechtern meist auch das Betriebsklima und beeinträchtigen die Arbeitsabläufe. Dies hat wiederum Folgen für die Produktivität, die sich durch erhöhte Fehlzeiten und insgesamt schlechtere Leistungen verringert.

Dabei gibt es einen Weg aus dieser Spirale: die Mediation, die seit 2012 als Instrument der außergerichtlichen Konfliktlösung gesetzlich geregelt ist. Seit 2014 erfasst das Statistische Bundesamt auch Verfahren vor dem Güterichter, die allerdings noch vergleichsweise selten eingeschaltet werden (Grafik).

In den Unternehmen spielt die Wirtschaftsmediation eine immer wichtigere Rolle. Ziel ist es, in einem Konflikt eine für alle Seiten akzeptable

Lösung zu finden. Durch ein strukturiertes Gesprächsverfahren schafft Mediation den nötigen Raum, in dem sich die Parteien annähern, offen miteinander reden und selbst kreative Lösungen schaffen, die alle Seiten mittragen können.

Wesentliche Grundsätze der Mediation sind Freiwilligkeit und Verschwiegenheit. Der Mediator ist außerdem allen beteiligten Parteien gleichermaßen verpflichtet.

Es gilt, die Kommunikation der Parteien zu fördern und sicherzustellen, dass alle in angemessener und fairer Weise eingebunden sind.

Das Mediationsverfahren läuft in fünf Phasen ab: den Auftrag klären, alle relevanten Themen zusammenstellen, sämtliche maßgeblichen Interessen und Hintergründe klären, Lösungsoptionen entwickeln und bewerten sowie zu guter Letzt eine Abschlussvereinbarung finden und formulieren.

Viele Unternehmen haben erkannt, dass firmeninterne Konflikte zur betrieblichen Normalität gehören und daher einer ausgeprägten Kommunikations- und Konfliktkultur bedürfen. So beschäftigen einige Unternehmen bereits innerbetriebliche Mediatoren, weil die Mediation oftmals als die bessere, weil ressourcenschonende und dem Image zuträgliche Alternative zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung angesehen wird.

Mediation: Bei Arbeitsgerichtsverfahren noch selten

Zahl der erledigten Arbeitsgerichtsverfahren, die ...

	Insgesamt	... vor dem Güterichter vollständig beigelegt wurden	... vor dem Güterichter teilweise beigelegt wurden	... vor dem Güterichter nicht beigelegt wurden	... nicht an den Güterichter verwiesen wurden
2014	392.061	465	6	65	391.525
2015	374.095	325	3	105	373.662
2016	361.626	193	5	96	361.332
2017	339.794	207	–	95	339.492
2018	319.381	187	7	79	319.108
2019	320.384	227	5	58	320.094

Quelle: Statistisches Bundesamt © 2021 IW Medien / iwd

Typisch Mann, typisch Frau?

Fachkräfte. Das Berufswahlverhalten von Frauen und Männern hat sich wenig verändert – das zeigt unter anderem der Blick auf die Ausbildungsstellen. Frauen und Männer entscheiden sich nach wie vor für ganz bestimmte Berufe.

Heute gehen in Deutschland deutlich mehr Frauen einer Erwerbstätigkeit nach als vor einigen Jahrzehnten. Dennoch gibt es noch immer Branchen, in denen Frauen kaum vertreten sind. Die Ursache:

Vor allem bei der Wahl des Ausbildungsberufs folgt der Nachwuchs oft noch althergebrachten Rollenmustern (Grafik Seite 13):

Im Jahr 2020 gehörten die Kauffrau für Büromanagement, die

Medizinische und die Zahnmedizinische Fachangestellte zu den beliebtesten Ausbildungsberufen von Frauen.

Damit haben sich die beliebtesten Ausbildungsberufe im Vergleich zu den Vorjahren nicht verändert.

Bei den Männern waren im vergangenen Jahr die Ausbildung zum Kfz-Mechatroniker, Fachinformatiker und Elektriker besonders beliebt. In diesen Berufen war teils nicht mal jeder zwanzigste angehende Azubi eine Frau.

Unter den Top-5-Ausbildungsgängen sind nur die Kauffrau/der Kaufmann und die Verkäuferin/der Verkäufer im Einzelhandel bei beiden Geschlechtern etwa gleichermaßen angesagt.

Auch der Blick auf die Branchen, in denen entweder vornehmlich Männer oder aber Frauen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, zeigt ein bekanntes geschlechterspezifisches Muster (Grafik):

Während in einigen der Bau- und Metallberufe deutlich weniger als 10 Prozent der Beschäftigten Frauen sind, beträgt ihr Anteil vor allem in den Berufen des Erziehungs- und Gesundheitswesens mehr als 80 Prozent.

Berufe: Frauen vor allem im Erziehungs- und Gesundheitswesen

Anteil der Frauen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Juni 2020 in den Berufsgruppen mit dem ... in Prozent

... niedrigsten Frauenanteil

Hoch- und Tiefbauberufe	1,5
(Innen-)Ausbauberufe	3,4
Gebäude- und versorgungstechnische Berufe	4,4
Führer-/in von Fahrzeug- und Transportgeräten	5,6
Metallerzeugung, -bearbeitung, Metallbau	8,6

... höchsten Frauenanteil

Erziehung, soziale und hauswirtschaftliche Berufe, Theologie	84,0
Medizinische Gesundheitsberufe	81,9
Nichtmedizinische Gesundheits-, Körperpflege- und Wellnessberufe, Medizintechnik	79,8
Berufe in Recht und Verwaltung	75,6
Reinigungsberufe	74,5

Ausbildung: Nachwuchs folgt den alten Rollenmustern

Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Jahr 2020 in Deutschland

So viel Prozent aller Ausbildungsanfänger waren ■ Frauen ■ Männer

Top-5-Ausbildungsberufe von Männern

Kraftfahrzeugmechatiker/-in	19.170	4,6
Fachinformatiker/in	13.836	8,3
Elektroniker/in	13.698	2,5
Anlagenmechaniker/-in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	13.119	1,6
Verkäufer/in	10.878	49,3

Top-5-Ausbildungsberufe von Frauen

Kaufmann/-frau für Büromanagement	16.692	27,6
Medizinische/-r Fachangestellte/-r	15.138	3,2
Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r	12.411	2,6
Verkäufer/-in	10.581	50,7
Kaufmann/-frau im Einzelhandel	9.663	52,1

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Heute entscheiden sich Frauen allerdings häufig für eine akademische Laufbahn. So gibt es an den Unis so viele Studentinnen wie nie zuvor: Im Herbst 2020 waren rund 1,47 Millionen Frauen an deutschen Hochschulen eingeschrieben, zehn Jahre zuvor waren es erst etwas mehr als 1,05 Millionen Studentinnen. Damit ist das Verhältnis der Geschlechter nahezu ausgeglichen: Im Wintersemester 2020/2021 lag der Frauenanteil bei 49,9 Prozent.

Trotzdem gibt es bei der Studienwahl noch immer deutliche Unterschiede: Zwar liegt Betriebswirtschaftslehre (BWL) bei den Studienanfängern beider Geschlechter auf Platz eins, danach dominieren bei den Männern aber technische und naturwissenschaftliche Fächer

wie Informatik und Maschinenbau. Im April 2021 studierten rund 45.000 Männer und nur etwa 10.600 Frauen Wirtschaftsinformatik.

Bei den Frauen sind nach BWL vor allem Rechtswissenschaften und Psychologie beliebt, aber auch Fächer wie Erziehungswissenschaften – hier gab es im April 2021 rund 44.000 Studentinnen und lediglich 12.500 Studenten.

Insgesamt unterscheiden sich Frauen und Männer in ihrer Berufswahl also noch immer stark voneinander. Daran ist nichts auszusetzen, wenn die Wahl den jeweiligen Vorlieben entspricht. Dennoch gibt es gute Gründe dafür, junge Menschen zu ermutigen, die traditionellen Pfade zu verlassen und sich von stereotypen Vorstellungen zu lösen.

So sind einige Berufe, in denen vorwiegend Frauen arbeiten, mit niedrigeren Löhnen und schlechteren Aufstiegschancen verbunden. Das gilt zum Beispiel für das Sozialwesen und den Gesundheitssektor. Die Unterschiede in der Berufswahl erklären einen großen Anteil des Gender Pay Gaps – also des Unterschieds zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenlöhnen von Männern und Frauen.

Auch der Fachkräftemangel drängt darauf, Geschlechterklischees über Bord zu werfen. So fehlen in vielen Unternehmen qualifizierte Mitarbeiter im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik), mehr Bewerbungen von Frauen wären demzufolge hochwillkommen.

Flexibler, digitaler, selbstorganisierter

Berufsausbildung. Der digitale Wandel und die Corona-Pandemie verändern die Geschäftsmodelle von Unternehmen und Branchen. Deshalb sollte auch die Ausbildung auf die technologische Dynamik sowie auf neue Trends schneller und umfassender reagieren.

Die Corona-Pandemie hat starke Auswirkungen auf den Ausbildungsmarkt (Grafik):

Im Jahr 2020 wurden 9,4 Prozent weniger Ausbildungsverträge geschlossen als im Vorjahr.

Von Oktober 2020 bis April 2021 waren zudem gut 10 Prozent weniger Bewerber zu verzeichnen als ein Jahr zuvor – ein Alarmsignal für die Nachwuchssicherung. Denn nach wie vor besteht in vielen Berufen ein Fachkräftemangel: Derzeit fehlen in Deutschland laut einer Studie des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung trotz Corona-Pandemie 65.000 qualifizierte Handwerker.

Grund für die derzeit mangelnde Nachfrage am Ausbildungsmarkt ist zum einen, dass die Berufsorientie-

rung virtuell deutlich schlechter gelingt als sonst, wo im Rahmen von Praktika und auf Ausbildungsmessen direkte Gespräche geführt und Eindrücke vor Ort gesammelt werden können. Viele Schüler hängen deshalb derzeit lieber noch ein weiteres Schuljahr dran.

Hinzu kommt, dass sich auch die Geschäftsmodelle von Unternehmen und Branchen dynamisch weiterentwickeln (siehe Interview Seite 15). In einigen Bereichen fehlen passende Ausbildungsprofile und Konzepte, die mit der technologischen Dynamik Schritt halten. Daher sollte die Ausbildung schneller und umfassender auf diesen digitalen und strukturellen Wandel der Wirtschaft reagieren: Nötig ist dafür ein von Bund und

Ländern finanzierter „Digitalpakt Berufliche Bildung“, der die digitale Infrastruktur für Berufsschulen, Betriebe und Beschäftigte stärkt.

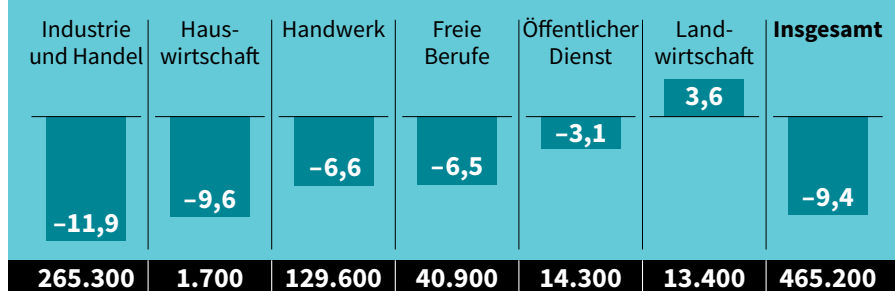
Dieser sollte zum einen den Berufsschulen zugutekommen. Sie benötigen eine angemessene Ausstattung, zeitgemäß qualifiziertes Lehrpersonal und mehr organisatorische Flexibilität im dualen System. Berufsschullehrer und Ausbilder sind fachlich und methodisch für den digitalen Wandel fit zu machen, um Auszubildende noch mehr zu eigenverantwortlichem und selbst organisiertem Lernen zu motivieren, deren Medienkompetenz zu fördern und sie besser auf die Anforderungen in der digitalen Arbeitswelt vorzubereiten.

Unternehmen wiederum benötigen geeignete Lernplattformen, um den Zugriff auf relevante Lerninhalte für ihre Auszubildenden und Beschäftigten arbeitsplatznah anzubieten. Über Plattformen kann zudem die Lernortkooperation zwischen Betrieben und Berufsschulen, aber auch mit Hochschulen und anderen Bildungspartnern gestärkt werden.

Duale Berufsausbildung: Fast überall rückläufig

Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Jahr 2020

■ Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

IW-Policy Paper 9/2021

Hans-Peter Klös, Rahild Neuburger, Thomas Sattelberger, Dirk Werner: Geschäftsmodelle und berufliche Bildung im digitalen Wandel
iwkoeln.de/beruflichebildung

„Die berufliche Bildung steht unter Druck“

Interview. Seit Jahren sinkt die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, 2020 gab es besonders wenige neue Azubis. Warum das so ist und wie sich dagegen ansteuern ließe, erklärt IW-Geschäftsführer **Hans-Peter Klös**.



Foto: IW

Lange wurde Deutschland um sein System der Berufsausbildung beneidet. Warum ist es nun ein Fall für die Reparaturwerkstatt?

Den Begriff teile ich definitiv nicht, aber es gibt Modernisierungsbedarf, der durch die Corona-Krise noch deutlicher hervorgetreten ist. Die berufliche Bildung steht unter dreifachem Druck: Schon nach der Finanzkrise 2008/2009 gab es einen strukturellen Rückgang bei den Ausbildungsverträgen bei weiter steigenden Studierendenzahlen und sinkenden Schulabgängerzahlen. Durch Corona sind im vergangenen Jahr fast 10 Prozent weniger Verträge neu abgeschlossen worden als 2019. Und die durch Corona beschleunigte Digitalisierung übt ebenfalls Druck auf die Berufsausbildung aus, weil sich die dahinterliegenden Geschäftsprozesse verändern.

Was verändert sich?

Die berufliche Bildung ist im Kern um das Business-to-Business- und das Business-to-Consumer-Modell herum gruppiert, also vor allem um industrielle Prozesse sowie im Hand-

werk. Die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung geht aber mehr und mehr auf die Plattformökonomie und digitale Geschäftsmodelle zurück, die unter Verbrauchern bestehen oder von ihnen genutzt werden: eBay, Zalando, Amazon, MyHammer. Diese Bereiche sind bisher nicht stark von der beruflichen Bildung geprägt. Die Frage ist also: Kriegen wir hier auch einen Fuß hinein?

In welchen drei wesentlichen Punkten muss nachgebessert werden?

Erstens ist die berufliche Bildung – wie die gesamte Ökonomie in Deutschland – noch etwas unterdigitalisiert. Erst rund 30 Prozent der ausbildenden Betriebe praktizieren „Ausbildung 4.0“. Das gilt auch für die Berufsschulen. Die Gelder aus dem Digitalpakt sind noch zögerlicher an die Berufsschulen geflossen als an die allgemeinbildenden Schulen. Zum Zweiten brauchen wir auch einen Digitalisierungsschub beim Ausbildungspersonal. Und drittens brauchen wir ein anderes Verhältnis von Erstausbildung zu

lebenslaufbezogener Weiterbildung: Es müssen also nach einer Berufsausbildung permanent neue Qualifizierungsbausteine hinzugefügt werden können, selbst gesteuert über Lernplattformen, angeleitet von Fachkollegen im Arbeitsalltag oder durch Techniken wie E-Learning.

Lässt sich der Azubimangel nicht eher durch höhere Gehälter beheben?

Es gibt jetzt Mindestausbildungsvergütungen, da müssen wir mal ein Jahr abwarten, um beurteilen zu können, wie sie sich auswirken. Genauso wichtig finde ich aber, dass die Ausbildungsberufe auch digital interessant sein müssen, weil viele junge Menschen damit den Zugang zur Arbeitswelt verbinden: nämlich eine digital anregende Form von Beschäftigung zu finden. Und hier geht noch so einiges: zum Beispiel durch die Stärkung digitaler Ausbildung im Verbund, digitale Lernortkooperationen, mehr digitale Berufsorientierung, Lernplattformen und die Nutzung von Social Media und Serious Games in der Ausbildung.

Impressum



Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. - Präsident: Arndt Günter Kirchhoff - Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther - Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland - **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) - **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Florian Janssen, Alexander Weber - **Grafik:** IW Medien GmbH - **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de - **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich - **Aboservice:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de - **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln - Telefon: 0221 4981-0 - **Druck:** Henke GmbH, Brühl - Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de - Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de.

Zahl der Woche

Millionen Euro zahlen deutsche Unternehmen derzeit pro Jahr an Strafzinsen auf ihre Bankeinlagen, hat das Institut der deutschen Wirtschaft auf Grundlage von Daten der Deutschen Bundesbank errechnet. Grund sind die anhaltend niedrigen beziehungsweise negativen Zinsen im Euroraum, die Banken an ihre Firmenkunden weitergeben. Problematisch ist das vor allem für kleine und mittlere Unternehmen, denn diese sind in der Regel nicht am Kapitalmarkt aktiv, können ihre Zahlungsfähigkeit also nicht einfach über alternative Finanzinstrumente sichern, wie es beispielsweise Aktiengesellschaften möglich ist, und müssen die Strafzinsen deshalb zwangsläufig zahlen. Allerdings hat das niedrige Zinsniveau auch Vorteile: Die Firmen können momentan ziemlich günstig Kredite aufnehmen. Und genau das hat die Corona-Pandemie oft nötig gemacht, weil das Geschäft in vielen Branchen erheblich ins Stocken geraten ist (siehe Seiten 6–7). Die meisten Unternehmen nutzen die neuen Kredite aber fast ausschließlich, um ihre laufenden Kosten zu decken – und selten für zukunftsichernde Investitionen.

Top-Liste: Bodenzinsen

Lage, Lage, Lage. Das gilt nicht nur für Immobilien, sondern auch für den dafür zu entrichtenden Bodenzins: In den 100 größten deutschen Städten liegt die Spanne für die Grundsteuer, die Immobilieneigentümer in diesem Jahr für ein Haus mit 125 Quadratmetern Wohnfläche zahlen müssen, zwischen 323 und 771 Euro. Am günstigsten kommen Hauseigentümer in Gütersloh weg, was auch mit der guten Haushaltssituation der Stadt zu tun hat. Denn wo das Geld knapp ist, wird gerne auf die Grundsteuer zugegriffen, die nach der Gewerbesteuer die zweitwichtigste Einnahmequelle der Kommunen ist. Wegen klammer Haushaltskassen haben deshalb die Städte Offenbach, Mülheim an der Ruhr und Gelsenkirchen zuletzt die Grundsteuern drastisch erhöht. Doch es geht auch andersherum: Erlangen, Leverkusen und Remscheid haben seit 2018 ihre Grundsteuer gesenkt.

Grundsteuer: Eine Frage der Lage

So viel Grundsteuer müssen Eigentümer im Jahr 2021 für ein Standard-Einfamilienhaus in den fünf günstigsten bzw. teuersten der 100 größten deutschen Städte zahlen, in Euro

1. Gütersloh	323
2. Regensburg	335
4. Ratingen	339
3. Reutlingen	339
5. Konstanz	347
...	
96. Berlin	686
97. Duisburg	724
98. Mülheim an der Ruhr	754
99. Offenbach am Main	758
100. Witten	771

Standard-Einfamilienhaus: 125 Quadratmeter Wohnfläche, 200 Quadratmeter Bruttogrundfläche und 500 Quadratmeter Grundstücksfläche

Quelle: IW Consult
© 2021 IW Medien / iwd

iwd